

## Berichte

### **Konjunktur und Wirtschaftswachstum als Aufgaben staatlicher Wirtschaftspolitik**

Ein Bericht über eine wirtschaftswissenschaftliche  
Tagung der Adolf-Weber-Stiftung

Die erst seit wenig mehr als einem Jahr bestehende, aber noch zu Lebzeiten ihres Namensgebers errichtete Adolf-Weber-Stiftung trat am 6. Dezember 1963 in Frankfurt/Main mit ihrer ersten größeren wissenschaftlichen Tagung vor die Öffentlichkeit. Zu dieser Tagung, auf der Probleme der staatlichen Wirtschaftspolitik im Hinblick auf Konjunktur und Wachstum behandelt wurden, hatten sich neben einer Reihe von namhaften Hochschullehrern der Wirtschaftswissenschaften auch bekannte Persönlichkeiten aus Publizistik, Wirtschaft und Verwaltung eingefunden; als Referenten sprachen der frühere Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Alfred Müller-Armack und der Berliner Finanzwissenschaftler Karl-Konrad Littmann.

Mit Rücksicht auf das erstmalige Hervortreten der Adolf-Weber-Stiftung in solchem Zusammenhang erscheint es als legitim und angebracht, diesem Bericht über die Tagung einige Worte über Zielsetzung und Wirkungskreis der Stiftung voranzustellen, wie sie der Begrüßungsansprache des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes, Rudolf Gunzert, Frankfurt/Main, zu entnehmen waren. Der Zweck der Stiftung — so wurde aus ihrer Verfassung zitiert — liegt darin, „unabhängig von Lehrmeinungen volkswirtschaftliche Tatsachen und Zusammenhänge (zu) erforschen und damit zur Klarstellung und Verbreitung der Kenntnisse wissenschaftlicher Grundlagen der Wirtschaftspolitik beizutragen“. Die Erreichung dieser zweifachen Zielsetzung strebt die Stiftung gegenwärtig mit folgenden Mitteln an: Zur Erforschung und Klarstellung wirtschaftlicher Tatbestände werden in erster Linie Tagungen und — in kleinerem Rahmen — Professorenkolloquien veranstaltet. Die Abwicklung von Forschungsvorhaben in eigener Regie dagegen ist nicht vorgesehen, lediglich von Fall zu Fall eine Vergabe von Forschungsaufträgen an bestehende Institute oder die Beteiligung an solchen Aufträgen durch Mitfinanzierung. Als noch wichtiger erscheint der Adolf-Weber-Stiftung jedoch die Verbreitung wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse und die Hebung des volkswirtschaftlichen Bildungsniveaus auf breiter Grundlage. Zu diesem

Zweck gibt die Stiftung eine „Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ heraus, in der in etwa monatlicher Folge jeweils von einem berufenen Vertreter des Fachs ein aktuelles wirtschaftspolitisches Thema in knapper und allgemeinverständlicher Form auf seine grundsätzliche Bedeutung hin behandelt wird. Diese Korrespondenz wird nicht nur zahlreichen in verantwortlicher Stellung stehenden Personen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Verwaltung, sondern auch Studierenden, Schulen, Gewerkschaften und anderen Verbänden kostenlos zugestellt. Daneben gibt die Stiftung eine Schriftenreihe heraus, in deren Rahmen bis jetzt „Sowjetwirtschaft heute“ von Adolf Weber und „Volkswirtschaftslehre und Psychologie“ von Günter Schmolders bei Duncker & Humblot, Berlin, erschienen sind.

In den größeren öffentlichen Tagungen überschneiden sich die beiden Zielsetzungen der Stiftung: Klärung und Aufklärung sollen durch die wissenschaftliche Behandlung der gestellten Themen einerseits und das Ansprechen eines breiten Teilnehmerkreises andererseits gleichermaßen zum Zuge kommen.

Als erster Referent der Tagung ergriff Alfred Müller-Armack das Wort zum Thema „Möglichkeiten einer gemeinsamen Konjunkturpolitik in der EWG“. Einige einleitende Bemerkungen knüpfte er an die Frage an, wie groß der Bedarf an gemeinsamer Konjunkturpolitik in der EWG sei, warnte aber gleichzeitig davor, konjunkturpolitische Anstrengungen zu unterlassen, auch wenn man zu der Annahme komme, der Bedarf sei gering. Überhaupt spielten allgemeine Gesichtspunkte der Konjunkturpolitik eine entscheidende Rolle in diesem Referat, was möglicherweise damit zusammenhing, daß sich der Vortragende entschloß, nicht als Professor rein wissenschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen, sondern aus seiner wirtschaftspolitischen Erfahrung zu berichten. Ausgehend von seinen eigenen frühen Arbeiten beleuchtete Müller-Armack zunächst die konjunkturpolitische Situation der zwanziger Jahre und der Weltwirtschaftskrise. Er stellt sich dabei der Auffassung entgegen, daß in diesen Jahren die Wissenschaft versagt habe, vielmehr seien die Verbindungen zwischen Wissenschaft und Politik viel zu locker gewesen, eine Erscheinung, an deren Stelle heute ein Prozeß zunehmender Annäherung getreten sei. Später habe dann die nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungspolitik seit 1933, verbunden mit einer sehr robusten Geldexpansion das Prestige dieses Regimes erheblich gestärkt. Dies zeige, daß unterlassene Konjunkturpolitik etwas politisch nicht zu Verantwortendes sei. Nach einer Betrachtung der auf die Krise folgenden Periode autonomer Konjunkturpolitik wandte sich der Referent der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart zu. Unter eingehender Würdigung der unterschiedlichen Situationen in Amerika und Europa der Nachkriegszeit und insbesondere in Westdeutschland nach der Währungsreform warf Müller-Armack die Frage auf, ob man die Zielsetzung der Konjunkturpolitik nicht besser als eine permanente Aufgabe zu verstehen habe statt sie lediglich in der Bekämp-

fung von Überhitzungs- oder Stagnations-Tendenzen zu sehen. Ausführlich wurde sodann das aus der Konkurrenz der Zuständigkeiten zwischen Wirtschaftsministerium, Bundesbank, Finanzministerium und den übrigen wirtschaftlichen Fachressorts auftauchende Koordinationsproblem der Konjunkturpolitik erörtert. Müller-Armack forderte in diesem Zusammenhang die Schaffung geeigneter Institutionen in der Bundesrepublik. Bisher sei man zwar im konjunkturellen Ablauf stets mit einem blauen Auge davongekommen, aber nur dank der regulierenden Kräfte des Marktes. Müller-Armack befürchtete, daß eine koordinierte Konjunkturpolitik wieder am „Ressortpartikularismus“ scheitern könne, und begrüßte die Ankündigung Bundeskanzler *Erhards* in seiner Regierungserklärung, eine aktive Konjunkturpolitik betreiben zu wollen. Allerdings gab er in bezug auf die Verwirklichung einem gewissen, auf Erfahrungen beruhenden Pessimismus Ausdruck.

Im internationalen Bereich erschwere die Koordinierung das Bestreben einzelner Länder, eine eigene Konjunkturpolitik zu betreiben — sei es mit dem Ziel der Vollbeschäftigung, sei es mit dem der Preisstabilisierung. Im EWG-Vertrag sei die Konjunkturpolitik recht stiefmütterlich behandelt worden. Sie sei Gegenstand eines einzigen Artikels. In diesem (Art. 103) werde die Konjunkturpolitik nur als eine Angelegenheit des gemeinsamen Interesses bezeichnet. Eine gemeinsame Konjunkturpolitik sei in der EWG anzustreben, weil die Handelspolitik der nationalen Konjunkturpolitik mehr und mehr entzogen werde.

Die Chance einer Handelspolitik als konjunkturpolitisches Instrument der EWG im Ganzen sei jedoch sehr gering, da sie nicht nur von der internen Abstimmung der Interessen, sondern vor allem auch von internationalen Verpflichtungen (Kennedy-Runde) abhängen. Eine Koordination der Sechsergemeinschaft werde in dem seit 1959 bestehenden konjunkturpolitischen Ausschuß beraten, der zunächst damit begonnen habe, eine Erhebung über das Instrumentarium und die Gremien der einzelnen Mitgliedstaaten aufzustellen. Weiterhin sei dann der Versuch gemacht worden, ein vollständiges Wirtschaftsbudget der Sechs für das jeweils bevorstehende Jahr aufzustellen. Wenn gleich sich hieran eine Diskussion über längerfristige Vorausschau und Planifizierung angeschlossen habe, so sei doch in der Gemeinschaft die Notwendigkeit einer kurzfristigen konjunkturpolitischen Vorausschau und einer gemeinsamen Konjunkturpolitik nie in Zweifel gezogen worden. Nach Auffassung Müllers-Armacks sollten jedoch zunächst die im nationalen Bereich liegenden, noch unausgefüllten Aufgaben in Angriff genommen werden, zumal die Konjunkturpolitik primär der Verantwortung der einzelnen Staaten unterliege und die internationale Zusammenarbeit nur subsidiären Charakter habe. Dies treffe auch auf die Sachprobleme der Konjunkturpolitik zu, auf die Einstellung zum Problem des sogenannten magischen Dreiecks, auf die

internationalen Auswirkungen nationaler konjunkturpolitischer Maßnahmen usw.

Man habe seinerzeit einen Kodex konjunkturpolitischer Wohlverhaltens aufgestellt, dessen Regeln leider noch nicht von allen Mitgliedstaaten beherzigt werden. Mit der Beachtung dieses Kodex sei für eine Koordinierung der Konjunkturpolitik in der EWG schon einiges gewonnen.

Mit dem Hinweis auf den allgemeinen Prozeß der Verwissenschaftlichung unseres Lebens forderte Müller-Armack abschließend eine noch stärkere wissenschaftliche Durchdringung aller Aspekte der Konjunktur und die Bereitschaft zur Realisierung einer aktiven Konjunkturpolitik.

Im Anschluß an das Referat entspann sich eine lebhafte Diskussion. Sie entzündete sich zunächst an der Frage, ob die Wirtschaftswissenschaft in den dreißiger Jahren der Wirtschaftspolitik das theoretische Instrumentarium für die Beseitigung der Krise bereitstellen konnte oder nicht. Was die Probleme der Gegenwart anbetraf, so diskutierte man im wesentlichen über die Möglichkeiten der Verwirklichung des magischen Dreiecks, das heute zum magischen Fünfeck, ja sogar Vieleck ausgeweitet wird. Dabei wurde die Geld- und Währungspolitik als Instrument der Konjunkturpolitik hervorgehoben. Es wurde auch die pessimistische Ansicht geäußert, eine gemeinsame Konjunkturpolitik sei in der EWG gar nicht möglich.

Als zweiter Referent sprach Karl-Konrad Littmann über das Thema „Fiskalpolitik als Wachstumspolitik“. Dieser Problemstellung sei vor noch nicht allzu langer Zeit nur Unverständnis entgegengebracht worden, und auch heute wirke noch jene klassisch-liberale These nach, wonach der Staat, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, vor allem die Steuern senken und das öffentliche Ausgabenvolumen drastisch einschränken müsse. Diese These habe jedoch heute nur dann ihre Berechtigung, wenn die staatliche Aktivität unproduktiv sei. Littmann wies an Hand einer Reihe von Beispielen wie Schulwesen, Infrastruktur, Justiz, Polizei darauf hin, daß der moderne Staat um die Produktion gewisser Güter und Leistungen gar nicht herumkomme, wobei allerdings zwischen der Rationalität des staatlichen und der des privaten Sektors große Unterschiede bestehen oder bestehen könnten. Zudem sei es eine Utopie anzunehmen, die staatliche Aktivität in der Bundesrepublik könne in absehbarer Zeit wirklich fühlbar gedrosselt werden.

Sodann untersuchte der Referent die Möglichkeiten der Fiskalpolitik, bei einem hohen, unter Umständen sogar noch steigenden Niveau der staatlichen Tätigkeit das wirtschaftliche Wachstum zu fördern. Er griff drei Ansatzpunkte heraus: 1. Ausgabenkonzepte, die eine optimale Versorgung des privaten Sektors mit staatlichen Vorleistung anstreben; 2. Einflußnahmen auf die gesamtwirtschaftliche Spar- und Investitionsquote durch die Vergabe öffentlicher Darlehen, die letztlich aus dem Steueraufkommen geleistet werden; 3. Programme, bei

denen mittels der Steuer- und staatlichen Ausgabenpolitik eine Verbesserung der raumwirtschaftlichen Struktur versucht wird.

Littmann wies an Hand des Verkehrsproblems auf den oft engen Zusammenhang zwischen staatlichen und privaten Vorleistungen und die Notwendigkeit der Steigerung nicht-optimaler staatlicher Vorleistungen hin. Als weiteres Beispiel führte er die Bildungsinvestitionen des Staates und ihre Bedeutung für den technischen Fortschritt an. Alsdann führte der Referent aus, daß, wenn eine bestehende Lücke zwischen geplanter Investition und Ersparnis nicht durch die Banken geschlossen würde, der Staat allein in der Lage sei, Einkommensteile der Bevölkerung durch Besteuerung an sich zu ziehen und in Form von Krediten an die Investoren zu vergeben. Diese Politik habe sich besonders Anfang der fünfziger Jahre in Deutschland bewährt. Schließlich ging der Referent auf die Möglichkeit ein, private Industrien mit Hilfe fiskalpolitischer Maßnahmen in „deglomerierte“ Gebiete zu ziehen. Die wirtschaftliche Erschließung eines Raumes sei praktisch nur mit Hilfe der Finanzkraft übergeordneter Gebietskörperschaften möglich. Andererseits müsse versucht werden, der das Optimum überschreitenden Ballung der Industriezentren entgegenzuwirken. Littmann machte in diesem Zusammenhang der bundesrepublikanischen Finanzpolitik den Vorwurf, die ökonomisch unerwünschte räumliche Ballung noch zu unterstützen.

Abschließend gab er seiner Überzeugung Ausdruck, daß durch regionale Maßnahmen der Finanzpolitik, erhebliche Minderungen der volkswirtschaftlichen Kosten und dadurch positive Wirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum zu erwarten seien.

Eberhard Fischer, Frankfurt/M.